



KAZ-Foto
München

Gegen die Freiheit auf ein Pogrom!

Ignatz Bubis hat völlig recht, wenn er den Artikel 16 »eine Zierde des Grundgesetzes« nennt. Dieser Artikel ist so formuliert, daß sich in der Tat jeder Asylsuchende auf ihn berufen kann. Deswegen kann auch bei keinem Asylsuchenden von einem »Mißbrauch« des Asylrechts die Rede sein, wenn er von dem Recht Gebrauch macht, das ihm laut Grundgesetz zusteht. Und wenn es nach diesem Grundgesetz geht, darf ihm auch nichts und niemand dieses Recht streitig machen: kein Gesetz, kein Polizist, kein Richter, kein Parlament und keine Regierung. Denn das Recht auf Asyl gehört im Grundgesetz zu den Grundrechten, und die »Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht« (Artikel 1). Da hilft der Regierung und dem Parlament auch kein Hinweis auf den Wortlaut des Satzes, mit dem das Recht auf Asyl im Grundgesetz formuliert ist: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.« Man kann sich natürlich darüber streiten, ob und wodurch jemand politisch verfolgt ist – aber kann das nicht durch Polizeianweisungen, Regierungserlässe und Gesetze tun. Sonst hätte es im Grundgesetz heißen müssen: »Das Nähere regelt ein Gesetz« oder dergleichen. Solch eine Einschränkung aber gibt es hier nicht. Die »Väter des Grundgesetzes« waren hier ebenso »großzügig« wie bei der Freiheit der Kunst, wo sie auch nicht definiert haben, was Kunst ist und was nicht, und dies auch keinem Ge-

setz oder dergleichen ermöglicht haben. Man kann natürlich über das ganze Grundgesetz verschiedener Meinung sein. Aber nicht, wenn man in Bonn seit 43 Jahren unter Berufung auf dieses Grundgesetz regiert. Wer A sagt, muß auch B sagen. Warum sind Bestimmungen wie die über das Asylrecht im Grundgesetz so allgemein gehalten, daß sich mit Fug und Recht jeder darauf berufen kann? Weil das Grund-

gesetz, soweit es überhaupt »Lehren aus der Vergangenheit« ziehen will, dies so allgemein tun will, daß man möglichst nicht mehr erkennt, was bei der Geburt des Grundgesetzes erst vier Jahre »vergangen« war: der Nazifaschismus.

Die Alternative war damals klar und sollte es auch heute angesichts des ganz und gar gegenwärtigen Rassismus und Nazitums sein:

Entweder man schafft sich eine erklärtermaßen und wirklich antifaschistische Demokratie, in der die Freiheiten so präzisiert werden, wie es Bertolt Brecht einmal für sein »Fach« getan hat: »Völlige Freiheit des Buchs... des Theaters... der bildenden Kunst... der Musik... des Films, mit einer Einschränkung. Die Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen, und für solche, welche den Völkerhaß fördern.«

Oder man verteidigt wenigstens die gegenwärtige Demokratie gegen diejenigen, welche solche »Zierden des Grundgesetzes« wie den Art. 16 zur Disposition stellen und damit ein Stück mehr von dem vollenden, was sie selbst begonnen haben. Denn schon lange bevor die Menschen in der DDR dieses Grundgesetzes »teilhaftig« wurden, wurden die das Asylrecht Wahrnehmenden von der Bundesregierung usw. diskreditiert und als Menschen zweiter Klasse behandelt. Das Bild vom »Untermenschen«, der »den Deutschen« den »Le-



München 1992: Die Obrigkeit verlangte Verfolgung, Folter und Tod für Ali Ghorbanian. Die Solidarität von seinesgleichen rettete ihm das Leben. Die Deportation durch den Freistaat Bayern wurde gestoppt.

bensraum« wegnimmt, war in den »alten Bundesländern« längst schon (wieder) vorhanden, als es mitsamt den Demütigungen der Annexion in den Osten kam und nunmehr in »ganz Deutschland« Steine und Brandsätze gegen Ausländer fliegen. Für letzteres schämt sich der Außenminister im Ausland. Aber im Inland werden gegen Rassismus und Nazitum nicht einmal die Gesetze zur Anwendung gebracht, mit denen die bundesdeutsche Demokratie seinerzeit ein gewisses Schamgefühl demonstrieren wollte und die nunmehr eine höchst praktische Bedeutung hätten – wenn man sie anwenden wollte. Oder wird in diesem »Deutschland« nicht ununterbrochen – des Nachts vor den Ausländerunterkünften und des Tags von den Regierenden selbst – schon gegen den § 130 des Strafgesetzbuches verstoßen:

»(Angriff auf die Menschenwürde)

Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er

1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt,
 2. zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder
 3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,
- wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft...«

Natürlich ist hier ebensowenig von Rassismus die Rede, wie bei den durch § 86a verbotenen »Fahnen, Abzeichen, Uniform-

stücken, Parolen und Grußformen« die Begriffe »Hakenkreuz«, »Hitlergruß« oder überhaupt Nazismus fallen. Aber selbstverständlich muß man die Anwendung dieser Gesetze auf Rassismus und Nazitum verlangen und müßten diese Tatbestände auch bei den Morden, Brandstiftungen und Körperverletzungen berücksichtigt werden – und natürlich nicht »strafmildernd«, sondern zusätzlich und zur Anwendung des vollen Strafrahmens!

All das macht aus dieser Demokratie an und für sich noch keine bessere, geschweige denn eine, die der übergroßen Mehrheit zu einem besseren Leben verhilft. Aber darauf kann man lange warten, wenn man schon »das Schicksal« dieser Demokratie den Herrschenden überläßt, statt durch Verteidigung und Anwendung der Demokratie auch den Finger auf die Widersprüche dieser Demokratie zu legen. Und heutzutage legt man dadurch bestimmt den Finger auf die Widersprüche einer Demokratie, die erklärtermaßen keine antifaschistische sein will, sondern eine »allgemeine«. So allgemein, daß sich schon bald nach 1945 keine »wichtige Persönlichkeit« mehr wegen ihrer Nazi-vergangenheit »benachteiligt« sehen brauchte und die Forderungen des Zugs in Erfüllung gehen, den ein Dichter 1947 aufbrechen und durch die deutsche Landschaft ziehen sah: »...Für die Rüstungs-

industrie / Freiheit und Democracy! ... Einem impotenten Hahne / Gleichend, stolzt ein Pangermane / Pochend auf das freie Wort. / Es heißt Mord. ... Planer der Vergasungslager / Fordern auch für die Chemie / Freiheit und Democracy. ... Einige unsrer besten Bürger / Einst geschätzt als Judenwürger / Jetzt geknebelt, seht ihr schreiten / Für das Recht der Minderheiten.« Das sind ein paar Fetzen aus Brechts berühmtem Gedicht »Der Anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy«. Es ist ein Gedicht, dessen szenische Umsetzung mit heutigen Gestalten das Prinzip der Freiheiten verdeutlichen könnte, die heute Triumphe feiern. Mit



Losungen wie »Freiheit statt Ausländer« oder »Freiheit statt Arbeit« zog in der Tat 1990 ein solcher Zug von Bonn nach Berlin und wird dort zum erneuten Aufbruch bereit gemacht – um gegebenenfalls auch über die neuen Grenzen hinaus zu ziehen und uns und anderen vor Augen zu führen, was es aufzuhalten gilt. Denn was sich derzeit mit höchster Schützenhilfe auf den Straßen formiert, läßt ahnen, auf welche »Reserven« im Kriegsfall zurückgegriffen werden kann, und die Debatten über Bundeswehrein-sätze in aller Welt als hinter der Wirklichkeit herhinkend erscheinen ...

Wie erfolgreich wir uns dagegen wehren können, wird sich nur herausstellen, wenn wir uns wehren.

Wieviele Gewalt braucht die BRD

Gewalt darf sich nicht auszahlen« – dieser Lieblingswitz bundesdeutscher Politik, der immer dann erzählt wird, wenn man andere Völker etwa auf dem Balkan in Kriege hetzen oder die Ergebnisse der eigenen Niederlage im letzten Krieg korrigiert haben möchte, läßt sich seit Hoyerswerda, Rostock und Hünxe zunehmend schlechter anbringen. Dort hat die Gewalt sich wahrlich ausgezahlt. Städte wurden auf nachdrückliche Forderung des rassistischen Mobs umgehend von Ausländern gesäubert. Als sei dies nicht genug des Lohns der Gewalt, greift der Staat zum vorausseilenden Gehorsam und verspricht, das »Problem« im Ensemble zu lösen, wofür die Änderung des Grundgesetzes zwar kein geeignetes Mittel, aber allemal ein schöner Einstieg ist. Die Stichwortgeber in Bomberjacken und

Springerstiefeln aber kommen gut weg. Der Staat, der anlässlich der Entführung eines Flugzeuges in den 70er Jahren in seinem Krisenstab die Verhängung des Ausnahmezustands in der BRD und die Einführung der Todesstrafe erörtert hat (FAZ, 13.8.92), bedankt sich hier mit zwei Monaten Jugendarrest und der kostenlosen Überlassung von Bundeswehrgelände zu Trainingszwecken. Nach der Abschaffung des Artikels 16 wird dieses Land ein anderes sein, befürchten ihre Gegner. Aber es ist doch schon ein anderes, ganz sichtbar und zuerst einmal geographisch seit dem 2. Oktober 1990. So tief aber hat ihre »Wiedervereinigung« diese Nation gespalten, daß die alte Einteilung in die wenigen, die viel haben und die vielen, die immer weniger haben, dringend zu ersetzen ist durch die neue

Gemeinsamkeit der Deutschen gegen die Ausländer.

»Man bestellt ein Schnitzel, und der Unmensch von Metzger ermordet ein Kalb!«

(Bertolt Brecht)

Ins Grübeln kommt das Bürgertum freilich, wenn wegen so etwas (»Hier und da gibt es Anschläge« – Helmut Kohl) die ausländischen Klassenkumpane ihre Investitionen stornieren oder das dringend benötigte Leihkapital abzuziehen drohen. Zwar darf man, wie schon Franz Josef Strauß anwies, »mit Hilfstruppen nicht zimperlich sein«, aber wenn der Nazi-Führer Dienel eine Demonstration gegen den »bolschewistischen Terror« in der annektierten DDR in einem Atemzug mit der »Entschei-

* Anstecker - Zu beziehen beim Münchner Bündnis gegen Rassismus

dingsschlacht der deutschen Faschisten gegen die Staatsgewalt« ankündigt (FAZ, 14.9.92) und seine Gesinnungsgenossen mit einem Italiener einen potentiellen Kunden abstechen, dann drohen eben diese Hilfstruppen zumindest zum falschen Zeitpunkt aus dem Ruder zu laufen. Dann spricht die Presse von »Auswüchsen an Ausländerfeindlichkeit« und schlägt also vor, zu ihrer weniger ausgewachsenen Form zurückzukehren. Der Bundespräsident setzt ein Zeichen und redet mit Ausländern, als seien es Menschen. Der Vorsitzende einer FDP, die dem Tierschutz Verfassungsrang gibt, dem Schutz von Flüchtlingen aber nehmen will, ruft zu Demonstrationen auf, deren Motto »Die Würde des Menschen ist unantastbar« unter solcher Schirmherrschaft bestenfalls als unanständig zu bezeichnen ist.

Selbstverständlich ahnen die Produktionsmittelbesitzer und ihre Regierung, daß sich die Fiktion, das Land von »unnützen Fressern« freizumachen werde ohne Gewalt gelingen, nicht wird aufrechterhalten

gesetzt hat, aber wegen der privaten Interessen der Besitzer dieser Produktivkräfte diese Welt nur noch aussaugen, nicht einmal mehr ausbeuten kann. Als der westdeutschen Niederlassung dieses Kapitalismus 1990 der zehntgrößte Industriestaat der Welt in den Schoß fiel, war alles, was sie daraus machen konnte, jenes Gemisch aus Pleite, Korruption, Rotz und Blut, als das sich die »deutsche Wiedervereinigung« binnen kurzem herausgestellt hat; also die Misere, an der die »Asylanten« schuld sein sollen.

Dabei ist die bloße Existenz von Leuten wie Kohl und Kinkel (von den Thyssens, den Krupps und den Quandts gar nicht zu reden) der schlagende Beweis gegen ihre These, das Boot sei voll: leben sie doch nur, weil andere sie füttern, weil jeder Arbeiter mehr schaffen kann, als er selber braucht, und also jeder hinzukommende Arbeitswillige den Reichtum vergrößern müßte – könnte er wenigstens ausgebeutet werden. Da die hiesige Bourgeoisie es inzwischen so weit gebracht hat, mehr als 6 Millionen ihrer eigenen Landsleute ohne eine Beschäftigung zu lassen, bei der sie wenigstens das notdürftigste Auskommen als Lohnarbeiter haben, ist »Arbeit macht frei« in der Tat ihr letztes Wort: das Lager, in dem die Menschen allenfalls noch arbeiten, keinesfalls aber mehr Lohn beziehen und essen. Ist das letzte Wort einer Klasse, die

ihre Sklaven nicht mehr ernähren, sie aber auch nicht in ihre eigene Geschichte entlassen kann also: die Gewalt, die schon dazu nötig ist zu verhindern, wozu die Mittel längst hergestellt sind: daß jeder Mensch auf jedem Platz dieser Erde wohnen kann, an dem er wohnen will. Die Skinheads, die in Stendal eine Schule mit behinderten Kindern überfielen, enthüllten so das Geheimnis der Pogrome: Kampf dem nicht Ausbeutbaren.

**»Das höchste Ziel,
das jemand angeben kann,
wenn er jemand töten muß,
ist die Rettung des Vaterlandes.«**

(Bertolt Brecht)

Diese Clique, deren Konzerne den nationalen Rahmen längst gesprengt haben, entdeckt Nation und Nationalstolz regelmäßig dann, wenn der Streit darüber ausbricht, an welchen Wohnort und auf welches Konto denn die Gewinne transferiert werden sollen, die sich aus der Ruinierung der Erde und der Menschen allemal noch ziehen lassen. Interessanterweise brüllt sie dann am lautesten »Ausländer rein«: als zuletzt deutsche Werk-tätige zum Marodieren ins Ausland geschickt wurden, hatten ihre Kapitalisten in Deutschland nichts gegen einige Millionen Fremdarbeiter im Land, solange die in Lagern saßen und nach Ableistung exakt berechneter Mindeststunden verhungerten.

Minister Kinkel stellt in der mehr und mehr regierungsoffiziösen Schlächtersprache fest, die »Stabilität Deutschlands« hänge davon ab, ob die Kernfrage der nächsten Zeit gelöst werde, nämlich »die Gemengelage aus Asylbewerbern, Aussiedlern und Ausländern« (FAZ, 14.9.92). So beginnen die mit der »Gnade der späten Geburt« zu ahnen, daß der Zeitpunkt kommen wird, da bei aller heutigen Berufung auf »Freiheit und Democracy« überzugehen sein

lassen, und irren jene im Volk, die dem Kapitalismus das noch zutrauen. Selbstverständlich ahnen die Milliardäre, daß der sich verschärfenden Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Welt als »ein Übel, das die Welt über die nächsten 30 oder 50 Jahre prägen« werde (Daimler-Chef Reuter im Spiegel 43/92) von ihren Verursachern nur mit den Mitteln gemeinsten Schwindels, frechster Bestechlichkeit, brutalster Feigheit und einer Gewalt zu begegnen sein wird, für die die Nächte von Rostock nur ein Vorgeschmack sind. Sie haben recht, wenn sie die Flüchtlinge als ihre wahren Feinde, die Brandsatzwerfer von Rostock und anderswo aber als ab und an ungezogene Freunde behandeln. Sind doch weltweit Abermillionen Flüchtlinge der offenkundigste Ausdruck des Scheiterns einer Wirtschaftsweise, die sich zwar die Erde untertan gemacht und dazu ungeheure Produktivkräfte frei-



Widerstand tut not!

**Die Reichen bekämpfen
nicht die Armut,
sondern die Armen.
Sie verwandeln die
Klassenkämpfe
in Rassenkämpfe.**

KAZ-Foto oben/Mitte:
Sozialdemokraten, Parteilose,
Kommunisten am 1. Mai 91, München
KAZ-Foto unten: 9.11.91 München



wird zu einer präzisen Befolgung der Ratschläge des vorigen Reichskanzlers: »Es gehört zur Genialität eines Führers, selbst auseinanderliegende Gegner immer nur als zu einer Kategorie gehörend erscheinen zu lassen. Dies stärkt den Glauben an das eigene Recht und steigert die Erbitterung.« (Adolf Hitler) Die Lasten, die dem Volk auferlegt werden, die Kosten der letzten Gebietsvergrößerung zu bezahlen, werden immer drückender. Eine sich anbietende Lösung, dazu noch weitere Länder auszuplündern, wird sich aber nicht mehr als »Wiederherstellung deutscher Einheit« verkaufen lassen, stößt auf nationalstaatliche Grenzen, spricht Armeen, und setzt die Herstellung der Volksgemeinschaft aller Deutschen gegen das Ausland umso dringender auf die Tagesordnung. Insofern hat die Frankfurter Allgemeine recht, wenn sie prophezeit: sollte der SPD-Parteitag die Abschaffung des Asylrechts verweigern, »dann steuert die Bundesrepublik geradewegs auf eine Staatskrise zu« (FAZ, 15.10.92). Nicht, weil »uns« dann die »Ausländerhorden« überfluteten – gerade die Rechtspresse weiß am besten, wie wenig Gesetze fruchten, wo Gewalt herrscht. Sondern weil das ein herber Rückschlag bei der Herstellung eines Zustands wäre, da man nur noch Deutsche, keine Parteien mehr kennt. Und während die Gewerkschaftsführung sinnend ihrer schönen Losung »Teilen verbindet« nachtrauert, nehmen die Vordenker des zu allem entschlossenen Bürgertums auch die letzten Reste von »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« Stück für Stück auseinander, erklären die »Marktwirtschaft« zur »Schönwetterphilosophie«, fordern die »Dynamik der Ungleichheit« ein (FAZ, 22.10.92) und reklamieren Schäubele kategorisch Politik als »Aufgabe von Eliten« – vor tausend Burschenschaftlern in vollem Wuchs!

»Die Vergangenheit kann nicht brennen. Es ist deutsche Gegenwart und deutsche Zukunft, die da brennt.«

(Der israelische Schriftsteller Amos Oz zum Anschlag auf die Gedenkstätte Sachsenhausen)

So ist der Kampf gegen den Rassismus mehr als bloße Humanität. Oder, anders gesagt: selbst die einfachste Humanität verlangt von jedem, den Kampf auch nur um den Erhalt der *bürgerlichen* Demokratie in die eigene Hand zu nehmen, im Be-

trieb und auf der Straße. Zwecklos, auf jene »Eliten« zu hoffen, deren weitere Existenz – ob sie wollen oder nicht – an die Spaltung der Unterdrückten gebunden ist. Zwecklos, ihnen eine »multikulturelle« Gesellschaft schmackhaft machen zu wollen. (Wer nicht bereit ist, den Unterschied zwischen Bockwurst und Pizza als einen solchen von *Kulturen* zu sehen, wird so wieso sehr schnell darauf kommen, daß der Arbeiter, solange er ein »erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« [Karl Marx], also in



KAZ-Foto: Dachau 92

Deutschland, in Italien wie in der Türkei, gleichviel Kultur hat, nämlich keine!) Ein Gesellschaftssystem verfault, läßt Millionen Hungers sterben und Abermillionen ihr Heil in der Flucht suchen und ist unfähig, seine eigene Wirtschaftsweise in jenen Ländern aufzurichten, die sich ihm ergeben. Die Gewalt, die nötig sein wird, es noch einmal am Leben zu erhalten, wird nicht mit sich rechten lassen. (»Aber doch nicht der Ali von der Döner-Bude!« »Aber doch nicht die netten Rosenbaums von gegenüber!« hieß es damals.)

Deutsche Geschichte, die zur Gegenwart gerinnt

Deportationen von Sintis und Romas. Verfolgung und Gefängnis für jüdische Widerstandskämpfer aus Frankreich (wie in Rostock). Das ist deutsche Gegenwart. Es brennen Häuser und KZ-Gedenkstätten. Jeden Tag. In jeder x-beliebigen Stadt. Die überlebenden Verfolgten und Gemarterten des Dritten Reiches sind die Verfolgten des Vierten. Deutschland hat sich wahrlich wieder.

Wenn wir dieses Deutschland mit seinem außer Rand und Band geratenen Bürgertum nicht durch unseren Widerstand, die Völkerfreundschaft, den proletarischen Internationalismus an seinem Deutschein hindern, wird es uns mit in den Abgrund reißen. Die Welt muß unser werden!

Heraus gegen das Pogrom der Herrschenden

Beteiligt euch an den örtlichen Demonstrationen am 9. November

Auf nach Bonn!

Kommt zur bundesweiten Großdemonstration am 14. November



KAZ-Foto: WWG München 92

Das andere Deutschland, das so unfrei war, zumindest zu beschließen, daß es Rassenhaß auf seinem Boden nicht geben dürfe, ist annektiert. Es hatte beschlossen, ein Deutschland zu sein, wie sein Dichter Brecht es von ihm verlangte: »Daß die Völker nicht erleichen / Wie vor einer Räuberin / Sondern ihre Hände reichen / Uns wie andern Völkern hin.« Nur zwei Jahre, nachdem dies andere Deutschland heimgeholt ist, herrscht wieder »Angst vor Deutschland«, bewerben sich die Metzger wieder um die Stimmen der Kälber, ist also in Großdeutschland um die Antwort auf die Frage nicht mehr herumzukommen: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei. Es ist eine arge Erkenntnis. Billiger ist die Zukunft nicht zu haben.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Flugschrift der Kommunistischen Arbeiterzeitung (November 1992). Druck und Verlag: Das Freie Buch, Tülbeckstr. 4, 8 München 2

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG